

Klimaanpassung vor Ort gestalten – Impulse für Stadt und Land

Der Klimawandel ist in Baden-Württemberg längst Realität: Zunehmende Hitzeperioden, Starkregenereignisse, Trockenphasen, veränderte Ökosysteme und ihre sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen stellen Städte und Gemeinden vor neue Herausforderungen. Dabei ist klar: Klimaschutz allein reicht nicht aus – die Kommunen müssen auch widerstandsfähiger gegenüber den bereits spürbaren und künftig zunehmenden Klimafolgen werden.

Die Verantwortung dafür liegt auch auf kommunaler Ebene – dort, wo die Folgen konkret sichtbar und spürbar werden. Zugleich braucht es eine enge Abstimmung mit der Landespolitik und deren rechtliche und finanzielle Unterstützung. Kommunale Klimaanpassung ist eine Querschnittsaufgabe, die dem Schutz der Bevölkerung, der Infrastruktur, der Wirtschaft und der Biodiversität dient und entscheidend dazu beiträgt, dass die Städte und Gemeinden im Land auch in Zukunft lebenswert bleiben. Letztendlich muss die Klimaanpassung als kommunale Daseinsvorsorgeaufgabe verstanden werden.

Allein im vergangenen Jahr fanden drei schlimme Hochwasserereignisse in Deutschland und ganz Europa statt. Baden-Württemberg wurde durch die Starkregenereignisse im Juni 2024 in Teilen schwer getroffen. Menschen kamen ums Leben, an der Infrastruktur entstanden erhebliche Schäden und wieder einmal überraschte die Wucht der Wassermassen und deren Auswirkungen. Zuvor litt Deutschland fast fünf Jahre in Folge unter einer schweren Dürre, so wie es sich auch für diesen Sommer mit einem sehr trockenen Frühjahr bereits ankündigt. Grundsätzlich müssen sich Baden-Württemberg, Deutschland und ganz Europa auf heiße, trockene Sommer und nasse Wintermonate einstellen.

Daran müssen sich auch die Städte anpassen und in die sogenannte blau-grüne Infrastruktur investieren. „Blau-grün“ steht dabei für die kombinierte Planung und Nutzung von Wasser (blau) und Bepflanzung (grün) in der Stadt, um ökologische, klimatische und städtebauliche Funktionen wie Hitzeschutz, Wasserrückhalt und Biodiversität zu stärken und so die klimaangepasste Stadtentwicklung zu fördern. Dazu zählen auch Schwammstadtkonzepte, bei denen in der Stadt in niederschlagsreichen Zeiten Wasser aufgenommen und gespeichert wird und in trockenen Zeiten wieder abgegeben werden kann. Über solche Konzepte hinaus muss in Verwaltung und Bevölkerung ein Bewusstsein für den Umgang mit den Veränderungen geschaffen werden. Eine Grundlage dafür sind die Klimaanpassungskonzepte der Kommunen, die durch das Klimaanpassungsgesetz des Landes verpflichtend werden sollen. Sie sollen die Klimaanpassungsstrategie des Landes durch die lokale Perspektive ergänzen. Das Wissen, technische Lösungen und gute Ansätze für die lebenswerte Stadt der Zukunft sind weitestgehend vorhanden. Nun gilt es, strukturelle Hürden abzubauen, lokale Handlungsspielräume zu erweitern, eine gesicherte Finanzierung auf die Beine zu stellen und die Zusammenarbeit aller Ebenen und über die Themenbereiche hinweg konsequent zu fördern.

2. Juni 2025

Das vorliegende Diskussionspapier soll Impulse für eine praxisnahe Weiterentwicklung der Klimaanpassung in Baden-Württembergs Kommunen geben und die notwendigen Unterstützungsleistungen durch die Bundes- und Landespolitik aufzeigen. Es richtet sich an politische Entscheidungsträger*innen in Kommunen und im Land und benennt zentrale Handlungsfelder, die sich über verschiedene Bereiche erstrecken – von Finanzierung und Verwaltungsstrukturen über den geeigneten Rechtsrahmen, konkrete Maßnahmen bis hin zur Kommunikation.

Klimafolgekosten und Finanzierung – Was kostet uns der Klimawandel?

Die ökonomischen Folgen des Klimawandels sind bereits heute erheblich – und sie werden weiter zunehmen, wenn nicht vorausschauend gehandelt wird. Studien zeigen, dass allein in Deutschland jährlich Schäden in Milliardenhöhe durch Extremwetterereignisse wie Starkregen, Hitze oder Dürre entstehen. In Baden-Württemberg waren beispielsweise die Dürrejahre 2018 bis 2022 nicht nur eine Belastung für die Landwirtschaft, sondern auch für die Wasserwirtschaft, das Gesundheitssystem und die Infrastruktur. Laut Naturgefahrenreport 2024 des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherer werden allein die versicherten Schäden des Juni-Hochwassers im Südwesten auf 2 Mrd. Euro geschätzt. Aufgrund der Klimaprognosen gehen die Versicherer davon aus, dass sich die klimawandelbedingten Schäden bis 2050 mindestens verdoppeln werden. Eine Studie im Auftrag des BMWK (jetzt BMWV) schätzt die volkswirtschaftlichen Kosten des Klimawandels speziell für Deutschland bis zum Jahr 2050 und weist je nach Klimawandelszenario Gesamtkosten zwischen 280 und 900 Mrd. Euro aus. Daraus ergeben sich jährliche Kosten im Jahr 2050 in Höhe von 20 bis 70 Milliarden Euro bzw. 0,6 bis 1,8 Prozent des BIP. Dabei wurden konkrete Klimawirkungen betrachtet und deren direkte ökonomische Auswirkungen in spezifischen Handlungsfeldern abgeleitet ¹.

Ohne Klimaanpassung drohen also massive Folgekosten. Das bedeutet: Nicht zu handeln ist langfristig teurer – für öffentliche Haushalte, die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Die Monetarisierung von Klimaschäden ist schwierig, aber eine wichtige Grundlage, um über die Rentabilität von Investitionen in die Klimaanpassung entscheiden zu können. Die Erfolge von Klimaanpassungsmaßnahmen lassen sich in Teilen monetarisieren – insbesondere dort, wo sie zu direkten Kosteneinsparungen oder Wertsteigerungen führen. Dazu zählen zum einen vermiedene Schäden bei Überflutung oder Hitze, zum anderen die Wertsteigerung von Immobilien in klimangepassten, begrünten Quartieren sowie eine erhöhte Standortattraktivität für Unternehmen.

¹ Zusammenfassung der Studie des BMWK aus dem Jahr 2023:

https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/Merkblaetter/merkblatt-klimawandelfolgen-in-deutschland-zusammenfassung.pdf?__blob=publicationFile&v=14

Neueste Studie zu den globalen Kosten des Klimawandels des PIK:

https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2024/07/04-kosten-des-klimawandels-download.pdf?__blob=publicationFile&v=6

2. Juni 2025

Jedoch stehen die Kommunen bereits heute mit dem Rücken zur Wand, was ihre finanzielle Lage betrifft. Um die notwendigen Anpassungsmaßnahmen umsetzen zu können, brauchen die Städte eine gesicherte, finanzielle Grundlage und Unterstützungsleistungen von Bund und Land.

Förderprogramme auf Bundes- und Landesebene sind bei Weitem nicht ausreichend, um die umfassende Aufgabe zu stemmen. Sie sind meist befristet, gedeckelt und decken nicht alle Bedarfe ab. Außerdem überfordert die Pflicht zur Kofinanzierung immer mehr Kommunen.

Folgende Möglichkeiten sollten innerhalb der Städte und mit der Landespolitik diskutiert werden:

- 1) Klimaanpassung sollte – wie auch der Klimaschutz – als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert werden. Damit verbunden wäre eine dauerhafte, solidarisch getragene Finanzierung durch Bund und Länder. Eine Gemeinschaftsaufgabe bietet Planungssicherheit, reduziert die Abhängigkeit von befristeten Programmen und ermöglicht eine ressortübergreifende Bearbeitung der Herausforderungen. Kommunen benötigen verlässliche Strukturen und Mittel, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können, denn letztendlich ist Klimaanpassung keine zweitrangige Aufgabe, sondern Teil der modernen Daseinsvorsorge.
- 2) Bestehen Förderprogramme, müssen diese kombinierbar sein – und das ressortübergreifend – um komplexe Anpassungsprojekte effizient umzusetzen und Förderlücken zu vermeiden. Eine verstärkte Koordinierung zwischen verschiedenen Fördertöpfen von Bund, Ländern und EU ist notwendig.
- 3) Um Kosten bei der Maßnahmenumsetzung zu reduzieren, spielt die interdisziplinäre Planung eine große Rolle. Wenn städtebauliche Maßnahmen geplant werden, ist es entscheidend, die Klimaanpassung von Anfang an mitzudenken. So können kostenintensive Nachrüstungen vermieden und Synergieeffekte z. B. bei Grünflächengestaltung, Ausbau Erneuerbarer Energien, Regenwasserbewirtschaftung, Schutz vulnerabler Gruppen und Gestaltung sozialer Einrichtungen, gezielt genutzt werden. Hierfür müssen bürokratische Hürden abgebaut und Verfahren vereinfacht werden.
- 4) Um die finanziellen Herausforderungen der städtischen Klimaanpassung zu bewältigen, bedarf es, ergänzend zu öffentlichen Mitteln auch privater Kapitalquellen. Dies können über verschiedene Finanzierungsinstrumente erschlossen werden. In Public-Private-Partnership-Modellen kooperieren beispielsweise öffentliche Stellen mit privaten Unternehmen, um gemeinsam Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Dies kann etwa bei der Umsetzung von Regenwasserspeicheranlagen, Stadtbegrünung oder der Entwicklung klimaresilienter Quartiere zum Tragen kommen, da auch private Investoren ein Interesse an einer attraktiven Umgebung haben. Eine andere Möglichkeit sind Klimafonds,

2. Juni 2025

die Städte auflegen und in die sowohl öffentliche Mittel als auch Beiträge von lokalen Unternehmen, Stiftungen, Vereinen oder anderen Organisationen fließen. Diese Fonds finanzieren konkrete Anpassungsprojekte wie grüne Dächer, Entsiegelungsmaßnahmen oder die Umgestaltung öffentlicher Räume, geknüpft an Kriterien der Stadt. Für dieses Modell gibt es bereits einige gute Beispiele in Baden-Württemberg, die zeigen, dass ein lokaler Klimafond ein effektives Instrument sein kann, um zusätzliche finanzielle Mittel für den Klimaschutz und eben auch für die Klimaanpassung zu mobilisieren und die Beteiligung der lokalen Bevölkerung zu fördern.

- 5) Anreizsysteme für klimaanpassendes Verhalten – etwa für Gebäudeeigentümer*innen, Gewerbetreibende oder landwirtschaftliche Betriebe – können eine wichtige Rolle spielen, um freiwillige Maßnahmen zu fördern. Private Investitionen in blau-grüne Infrastruktur können durch Steuererleichterungen oder Förderprogramme für private Grundstückseigentümer*innen gefördert werden. In der Mitgliedschaft gibt es bereits Städte, die Begrünung von Höfen, Dächern und Fassade sowie Entsiegelung im Stadtgebiet unterstützen.
- 6) Die Mittel aus dem Infrastrukturpaket des Bundes müssen schnell und unbürokratisch an die kommunale Ebene gegeben werden. Direkte Zuweisungen oder kommunenscharfe Budgets sind dabei wesentlich schneller und effizienter als herkömmliche Förderprogramme. Insbesondere in der derzeitigen Finanzlage überfordert ein Eigenanteil, wie bei Förderungen üblich, die Kommunen. Eine etwaige Zweckbindung der Mittel kann auch auf anderem Wege, etwa durch Positivlisten mit vordefinierten Maßnahmen, erreicht werden. Dort enthaltene, bereits standardisiert bewertete Maßnahmen bedürfen keiner Einzelfallprüfung mehr, sondern können unmittelbar umgesetzt werden. Auch Maßnahmen im Bereich Klimaanpassung könnten so finanziert werden. Wenn sie Teil eines Klimaanpassungskonzepts oder Teilkonzepts sind, sollten sie ohne weitere Bewertung finanziert werden können.

Klimaanpassung als Querschnittsaufgabe verankern

Klimaanpassung ist oft nicht als Querschnittsaufgabe in der kommunalen Verwaltung verankert, obwohl die Folgen des Klimawandels Auswirkungen auf fast alle Bereiche des kommunalen Wirkens mit Infrastruktur, Biodiversität, Landwirtschaft, Gesundheit und Wirtschaft und vielen weiteren haben. Bei der Klimaanpassung geht es nicht nur um städtebauliche Maßnahmen und den Umgang mit Wasser und Begrünung, sondern auch um den Waldumbau, die Folgen für die Landwirtschaft, das Gesundheitsrisiko durch Hitze oder den Umgang mit invasiven Arten, der zunehmend an Bedeutung gewinnt. Die fehlende Zusammenarbeit zwischen Zuständigkeitsbereichen betrifft jedoch nicht nur die Kommunalverwaltung, sondern gilt auch für die Ressorts auf Landesebene. Teilweise fehlt es am Bewusstsein für die Thematik in den unterschiedlichen Bereichen oder auch an Fachwissen innerhalb der Verwaltung. Infolge-

2. Juni 2025

dessen wird die Klimaanpassung in Fachplanungen oft nicht hinreichend berücksichtigt. Als Grundlage für eine wirksame Klimaanpassung können folgende Punkte dabei helfen, das Thema in bestehenden Strukturen zu verankern und einen sicheren Rechtsrahmen schaffen:

- 1) Damit Themen wie Klimaschutz, Klimaanpassung und dem dazugehörigen Krisenmanagement die erforderliche Bedeutung beigemessen wird, ist es hilfreich, diese zur Chefsache zu machen. Wenn die kommunale Spitze das Thema strategisch verankert, es aktiv vertritt und ressortübergreifend koordiniert, lassen sich langfristig Strukturen und Ressourcen etablieren.
- 2) Es gilt, ein Bewusstsein für Klimafolgenanpassung in allen Verwaltungseinheiten zu schaffen. Schulungsangebote, interne Kommunikation und gezielte Sensibilisierung können dabei helfen, das Thema als durchgängige Verantwortung zu etablieren. Dabei sollte die Klimaanpassung nicht auf die Umweltverwaltung beschränkt bleiben, sondern in allen kommunalen Aufgabenbereichen mitgedacht werden, von der Stadtplanung über das Gebäudemanagement bis zur Gesundheits- und Sozialpolitik. Fachlich Verantwortliche für Klimaanpassung sollten bestenfalls klar benannt und organisatorisch verankert sein. Gleichzeitig gilt es, Querverbindungen zu anderen Fachbereichen zu stärken, etwa durch regelmäßige Koordinierungsrunden oder projektübergreifende Teams. Für solche Stellen ist eine gesicherte Finanzierung erforderlich.
- 3) Zudem ist ein verlässlicher und klar definierter Rechtsrahmen für die kommunalen Aufgaben der Klimaanpassung unerlässlich. Nur mit eindeutigen Zuständigkeiten und rechtlichen Handlungsspielräumen können Kommunen effektiv und rechtssicher agieren. Ein wichtiger Schritt wäre hierbei die Berücksichtigung des Themas in den Vorgaben des Landes – nicht nur im Bereich des Umweltministeriums, sondern auch in anderen Ressorts.
- 4) Die verpflichtende Erstellung von Klimaanpassungskonzepten stellt zwar einen ersten Schritt und eine wichtige Grundlage dar. Jedoch ist unklar, wie die darin beschriebenen Maßnahmen in die Umsetzung kommen sollen, wenn dafür Geld und Personal fehlen. Es darf hierbei zu keinem Haftungsanspruch kommen, wenn infolge unterbliebener, verzögerter oder unzureichender Anpassungsmaßnahmen Schäden – etwa durch Überflutungen oder Hitzefolgen – entstehen.
- 5) Wie an vielen anderen Stellen spielt auch im Bereich der Klimaanpassung die Vereinfachung und Beschleunigung von Verfahren zur Umsetzung von Maßnahmen eine wichtige Rolle. Das betrifft etwa Genehmigungsprozesse, Fördermittelvergabe sowie Änderungen in der Bauleit- und Landschaftsplanung. Ermessensspielräume sollten klar kommuniziert werden, sodass sie auch rechtssicher genutzt werden können. Planungsrechtliche Flexibilität darf dabei nicht zu Lasten ökologischer oder sozialer Standards gehen.

2. Juni 2025

- 6) Eine Möglichkeit zur Etablierung von Klimaanpassungsmaßnahmen ist es, Standards wie Begrünungspflichten, Regenwassermanagement, Flächenentsiegelung oder ähnliches in kommunalen Satzungen festzuschreiben und für die Bürger*innen damit verpflichtend zu machen. Einige Städte nutzen diese Möglichkeit bereits. Hier könnte ein Austausch über gute Beispiele hilfreich sein.

Die klimaangepasste Stadt von morgen – blau-grüne Maßnahmen

Es gibt eine Vielzahl an kommunalen Klimaanpassungsmaßnahmen. Die Umsetzung des Schwammstadtprinzips und der Ausbau blau-grüner Infrastrukturen – wie eingangs beschrieben – sind zentrale Elemente einer zukunftsfähigen Stadtgestaltung. Gute Praxisbeispiele für solche Maßnahmen können hilfreich sein, um in die Umsetzung zu kommen. Die folgenden Punkte zeigen auf, welche Querverbindungen es im Bereich der Klimaanpassung gibt und wie Förderprogramme genutzt und verknüpft werden können. Dabei gibt es vielfältige Möglichkeiten, Bürger*innen einzubeziehen und soziale Projekte zu unterstützen, die Akzeptanz schaffen und den Kommunen Aufgaben abnehmen können. Es handelt sich hierbei nicht um eine vollumfängliche Maßnahmenliste, sondern um Impulse. Es braucht die Bereitschaft, kreative Lösungen anzustoßen, auch wenn diese noch nicht bis ins Detail durchgeplant sind. Nicht jede Maßnahme muss sofort perfekt sein – oft sind Pilotprojekte, temporäre Umgestaltungen oder offene Freiräume der erste Schritt zu langfristigen Veränderungen.

- 1) Im Rahmen der blau-grünen Maßnahmen müssen das urbane Wasserressourcenmanagement optimiert und grüne Flächen geschaffen werden, die sowohl zur Kühlung beitragen, als auch als natürliche Wasserspeicher fungieren. Eine Grundlage dafür stellt die Strategie zum urbanen Wasserressourcenmanagement des Landes dar. Das Land sollte den Kommunen Unterstützungsangebote machen, sowohl beratend z.B. durch die LUBW oder die KEA, als auch finanziell für investive Maßnahmen.
- 2) Städte brauchen eine resiliente Infrastruktur. Die Versorgung mit Trinkwasser oder Energie, die Abwasserwirtschaft sowie Gesundheitseinrichtungen oder soziale Einrichtungen müssen dabei unterstützt werden, Risiken zu erkennen und zu vermeiden oder abzumildern. Wenn die Kommune ihre besonders gefährdeten Bereiche kennt, können Maßnahmen gezielter umgesetzt und damit auch mit geringeren Kosten eine Wirkung erzielt werden. Zudem ist eine gute Datengrundlage wichtig, um die Klimawirkungen und Risiken abschätzen zu können. Damit nicht jede Kommune mit großem Aufwand Daten erheben muss, ist die Bereitstellung von Daten über den Klimaatlas eine wichtige Unterstützung für die Erstellung von Anpassungskonzepten, Hitzeaktionsplänen oder Starkregenmanagementplänen. Neue digitale Werkzeuge können hierbei zukünftig zum Einsatz kommen.

- 3) Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Entsiegelung bestehender Flächen, die Begrünung und die Freiraumplanung – etwa in Schulhöfen, Innenhöfen, Parkplätzen oder ehemaligen Verkehrsflächen. Diese bieten großes Potenzial zur Wiederherstellung natürlicher Wasserhaushalte, zur Schaffung kühler Orte, zur Förderung der Biodiversität und zur Aufwertung urbaner Lebensräume. Hierbei wären Projekte mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und den Bürger*innen denkbar z. B. Pflanzaktionen oder Grünflächenpatenschaften durch Bürger*innen, Schulen oder Initiativen, die helfen, Pflege und Weiterentwicklung öffentlicher Räume dauerhaft zu sichern. Eine weitere Idee sind Nachbarschaftsprojekte und Wettbewerbe, z. B. für den „schönsten Innenhof“, „klimafitte Straße“ oder „grünes Dach des Jahres“, wie sie in einigen Städten bereits umgesetzt wurden. Dabei können kleine Förderungen, Sachpreise oder öffentlichkeitswirksame Anerkennungen große Wirkung entfalten. Solche Projekte fördern das Umweltbewusstsein und die Biodiversität, können Kommunen bei der Klimaanpassung entlasten und die Identifikation mit dem eigenen Stadtviertel stärken.
- 4) Der Hitzeschutz im öffentlichen Raum ist eine wichtige Aufgabe im Bereich der Klimaanpassung. Einige Städte haben Hitzeaktionspläne, in denen besonders betroffene Bereiche festgestellt und Maßnahmen wie Beschattung, Wasserspiele und Begrünung beschrieben werden. Trinkbrunnen und Schattenplätze im öffentlichen Raum sind einfache, aber wirksame Maßnahmen zum Gesundheitsschutz, insbesondere für vulnerable Gruppen wie ältere Menschen oder Kinder.
- 5) Synergien zwischen Klimaanpassung, Stadtgestaltung, Natur- und Gesundheitsschutz sollten gezielt genutzt und kommuniziert werden, um Akzeptanz und Effizienz zu steigern. Beispielsweise kann eine begrünte Fläche gleichzeitig als Regenrückhalt, Erholungsort, zum Hitzeschutz und zum Naturschutz dienen und evtl. sogar noch zur Umweltbildung beitragen.
- 6) Gewässerrenaturierungen, die gemeinsam mit lokalen Umweltvereinen oder Angelverbänden geplant und umgesetzt werden, stärken nicht nur die ökologische Funktion von Gewässern und den Hochwasserschutz durch neu geschaffene Überflutungsflächen, sondern auch das zivilgesellschaftliche Engagement.

Kommunikation und Partizipation

Um die Bedeutung der Klimaanpassung in der öffentlichen Wahrnehmung zu stärken und Akzeptanz für Anpassungsmaßnahmen zu erreichen, spielt die richtige Kommunikation eine wichtige Rolle.

2. Juni 2025

- 1) Hilfreich ist es, bei der Kommunikation zum Thema Klimaanpassung gezielt positive Aspekte in den Vordergrund zu stellen. Statt Angst vor dem Klimawandel zu erzeugen, können Chancen betont werden. Dabei muss nicht jede Maßnahme unter dem Begriff „Klima“ kommuniziert werden. Vielmehr können Begriffe wie „Stadtgrün“, „Lebensqualität“, „Gesundheitsschutz“, „Sicherheit bei Starkregen“ oder „Attraktivität des Wohnumfelds“ eine breitere Zielgruppe ansprechen und konkrete Mehrwerte verdeutlichen.
- 2) Bürgerbeteiligung ist zentral für die Entwicklung kreativer, lokal passender Lösungen und die Steigerung gesellschaftlicher Akzeptanz. Dazu braucht es niedrigschwellige Formate wie Stadtpaziergänge, mobile Dialogangebote, Online-Plattformen oder Ideenwettbewerbe. Auch digitale Werkzeuge (z. B. Klimainformationsportale, interaktive Karten) dienen der Transparenzsteigerung. Engagierte Initiativen in Nachbarschaften, Vereinen oder Schulen können wichtige Impulse geben und andere zum Mitmachen motivieren.
- 3) Bildung und Qualifikation im Bereich Klimaanpassung, auch in Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sind wichtig, um das Thema frühzeitig und breit zu verankern.
- 4) Im Bereich von Starkregen und Hochwasser oder auch Hitze gibt es bereits viele Materialien und Hilfestellungen. Eine Übersicht bestehender Materialien aus allen Feldern der Klimaanpassung seitens des Landes wäre für die Kommunen sehr hilfreich (FLIWAS, Starkregenrisikomanagement, Niedrigwasserinformationszentrum, Hitzeaktionspläne, Materialien des Kompetenzzentrums Klimawandel der LUBW² etc.). Bei der Vielzahl der Aufgabengebiete und der Breite des Themas ist es den Verwaltungsmitarbeiter*innen kaum möglich, einen Gesamtüberblick zu behalten. Zudem müssen bestehende Informationen auch gegenüber den Bürger*innen bekannt gemacht werden, damit sich die Menschen auf mögliche Krisen vorbereiten können. Nicht zuletzt muss die Eigenverantwortung der Bürger*innen verstärkt kommuniziert werden, worauf im folgenden Kapitel noch einmal eingegangen wird. Eine gute Vorbereitung kann Schäden vermeiden. Hierbei könnte eine Informationskampagne des Landes für Aufklärung sorgen.

Vorsorge und Krisenmanagement in Zeiten des Klimawandels

Neben baulichen und planerischen Präventionsmaßnahmen ist die Vorbereitung auf Krisensituationen und die Kommunikation in der konkreten Krise von großer Bedeutung, um Schäden zu vermeiden oder zu reduzieren.

- 1) Die Einrichtung eines kommunalen Krisenstabs vor Ort zur Bewältigung klimabedingter Extremereignisse (z. B. Hitze, Starkregen, Trockenheit) ist dringend geboten. Ein solcher Stab sollte interdisziplinär besetzt, regelmäßig geschult und mit klaren Handlungsplänen ausgestattet sein. Hierbei könnte das Land

² <https://www.lubw.baden-wuerttemberg.de/klimawandel-und-anpassung/kompetenzzentrum>

2. Juni 2025

durch entsprechende Angebote unterstützen, wie durch beispielhafte Alarm- und Einsatzpläne, die Einbeziehung der Kommunen bei Übungen oder das Lernen von Erfahrungen anderer Kommunen.

- 2) Ein Krisenmanagement, das die örtlichen Gegebenheiten und Risikofaktoren berücksichtigt, erleichtert die Planung und Koordination der Maßnahmen im Ernstfall. Für den Krisenfall ist es wichtig, Informationsquellen (z. B. Hochwasservorhersagezentrale Baden-Württemberg, Naturgefahrenportal etc.) zu kennen, die bereits zur Verfügung stehen. Eine Übersicht und Bündelung könnte hierbei hilfreich sein.
- 3) Viele Anpassungs- und Schutzmaßnahmen – von der Begrünung von Vorgärten, dem Einbau wasserdichter Kellerfenster bis zum Hochsetzen von Kellerschächten – können von jedem Einzelnen umgesetzt werden. Daher spielt die Eigenvorsorge der Bürger*innen eine große Rolle. Eine flächendeckende, niedrigschwellige Aufklärung über klimabedingte Risiken und geeignete Vorsorgemaßnahmen wären wichtig. Das Land könnte hierzu mit einer Kampagne die Bürger*innen erreichen. Die Kommunen könnten sich an diese anschließen, um gezielt vor Ort zu informieren, wo die kommunale Aufgabe endet und die private Vorsorge beginnt und was jede*r Einzelne tun kann, um sich zu schützen. Einige Städte sind bereits aktiv geworden und haben Bürgerinformationsveranstaltungen oder ähnliches ausgerichtet.

Fazit

Das Papier zeigt verschiedene Handlungsbereiche und Vorschläge auf, wie die Klimaanpassung innerhalb der Kommune vorangebracht werden kann und welche Rolle die Unterstützung durch das Land spielt. Die Kommunen müssen die Aufgabe als wichtigen Teil der Daseinsvorsorge verstehen, da auch in Zeiten multipler Krisen und großer finanzieller Lücken der Klimawandel unaufhaltsam voranschreitet und die Kommunen vor immer größer werdende Herausforderungen stellt.

Gerade deshalb brauchen Städte und Gemeinden dringend mehr Unterstützung von Bund und Land, denn Klimaanpassung darf nicht als nachrangige Aufgabe behandelt werden. Ohne Präventionsmaßnahmen und gute Vorbereitung werden Aufwand und Kosten durch Klimafolgen zukünftig noch deutlich steigen und das Leben in unseren Städten wird sich maßgeblich verändern. In vielen Bereichen sind Vereinfachungen sowie tragfähige Finanzierungsmodelle erforderlich, um dieser gesamtgesellschaftlichen Herausforderung wirksam begegnen zu können. Ziel ist es, gemeinsam konkrete und machbare Wege zu finden, um unsere Städte und Gemeinden klimaresilient, lebenswert und zukunftssicher zu gestalten.